

Inhalt

Frauen- und Mädchenpolitik

Die Landesregierung sieht keine Versorgungslücken bei Schwangerschaftskonflikten	1
„Der Koalitionsvertrag sieht eine ‚Sammelklage light‘ gegen Lohndiskriminierung vor“	1
Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland ist deutlich rückläufig	1
„Der Abschied vom § 219 a darf nicht das Ende der Debatte um Abtreibungen sein“	2
Ampel-Bundesregierung beendet die Blockade der EU-Führungspositionen-Richtlinie	2
Bessere Bedingungen für partnerschaftliche Arbeitsteilung durch Brückenteilzeit-Reform.....	3
„Mehr als zwei Drittel der jungen Frauen zweifeln an der sozialen Marktwirtschaft“	3
„...gut aufgestellt“ – „Was plant die Bundesregierung beim Thema Gleichstellung?“	3
Urteile gegen Ärzt:innen sollen aufgehoben werden	4

Frauen und Beruf

Es bleibt dabei: Mädchen wollen Arzthelferin werden, Jungen Automechaniker	5
„Gesundheits- und Pflegeberufe - in einer Schlüsselrolle für Lohngerechtigkeit“	5
Die Erwerbsbeteiligung von Frauen steigt, wenn sie bei Sorgearbeit entlastet werden	6
„Privatisierungen im Gesundheits- und Sorgearbeitssektor müssen gestoppt werden“	6
„Fachkräftemangel bei den SuE-Berufen, weil die Gehälter nicht der Aufgabe entsprechen“ ...	6
„Es ist fraglich, ob die Ehegattensplitting-Reform zu höherer Frauenerwerbstätigkeit führt“ ...	7
„Warum erhalten weibliche Führungskräfte erst in einer Krise eine Chance?“	7
„Unsere aktuelle Arbeitszeitpolitik besteht keinen Gleichstellungs-Check“	7

Gewalt gegen Frauen

„Digitale Gewalt ist häufig eine Fortsetzung der Gewalt gegen Frauen im realen Leben“	8
Neuer Podcast über Sexismus, sexuelle Übergriffe und sexuelle Gewalt gestartet	8
„Patriarchale Macht und Geschlechterstereotype gehören auf alle Lehrpläne“	8
„Jede Vierte...“ - „In Deutschland nicht weniger Gewalt an Frauen als in der Welt“	8
„Nein heißt Nein künftig EU-weit – Vorschlag für eine EU-Richtlinie gegen Gewalt.....	9
„Selbstorganisationen geflüchteter Mädchen und Frauen wirksam fördern“	9
Informationen zum Schutz geflüchteter Frauen vor Menschenhandel und Ausbeutung	10
„Aus Angst vor Anfeindungen ziehen sich viele Frauen aus dem Internet zurück“	10

Verschiedenes

Ankündigung: Umfrage eines Bachelorstudenten zum Thema „Trans* in der Verwaltung“	11
--	----

Veröffentlichungen

Betrifft Mädchen: Zukunft Protest Utopie	12
--	----

gefördert vom
Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Gleichstellung
des Landes Nordrhein-Westfalen



BCG Gender Diversity Index	12
Genderequalitymedia: Medienscreening 2021.....	12
WSI: GenderDatenPortal	12
Dritter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung: Neue Themenblätter veröffentlicht	12
Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis: Gender-/Geschlechterfragen in der Berufsbildung, Neues Themendossier	13
WSI-Studie untersucht, wie Corona-Hilfspakete für Frauen und Männer wirken	13
Buch: Barbara Degen - Meine Zeit mit Annette Kuhn. Wie Kunst, Poesie und Liebe in die Frauengeschichte kamen.	13

Wenn Sie den Mailrundbrief nicht mehr zugeschickt haben wollen, genügt eine Mail mit dem Stichwort „Abbestellung Rundbrief“ an info@frauenbueros-nrw.de –
Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber/innen verantwortlich

Die Landesregierung sieht keine Versorgungslücken bei Schwangerschaftskonflikten

Die Verpflichtung der Länder zur Bereitstellung eines ausreichenden Angebots ambulanter und stationärer Einrichtungen für Schwangerschaftsabbrüche durch das Schwangerschaftskonfliktgesetz (§ 13 SchKG) des Bundes sieht die schwarz-grüne Hessische Landesregierung im Gegensatz zur FDP im Wiesbadener Landtag als erfüllt an. Die Liberalen hatten kritisiert, dass „viele Probleme aus der Praxis in der jüngsten Novellierung des hessischen Ausführungsgesetzes zum SchKG nicht berücksichtigt“ worden seien, insbesondere lange Wartezeiten für Termine für die Beratung und überzogene Preise für Abbrüche, so dass die gesundheitliche Versorgung von Mädchen und Frauen erschwert und der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen innerhalb des gesetzlich vorgesehenen Rahmens beeinträchtigt seien.

In Beantwortung von Anfragen von FDP-Abgeordneten (Dr. 20/6760 & 20/6761) erklärte die Landesregierung demgegenüber, die aktuelle Versorgungssituation genüge den Anforderungen des SchKG, auch der Sicherstellungsauftrag in § 13, Abs. 2 SchKG sei „gewährleistet“, „wenn innerhalb eines Tages unter Nutzung des ÖPNV eine Praxis/Einrichtung erreicht und nach Hause zurückgekehrt werden kann“. Dies sei in Hessen „flächendeckend sichergestellt“. Regionale Unterschiede in der Versorgungssituation bzw. Versorgungslücken seien der Landesregierung nicht bekannt, auch lägen ihr „keine Informationen“ darüber vor, wie lange Mädchen und Frauen durchschnittlich auf einen Termin zur Schwangerschaftsfeststellung bzw. Konfliktberatung warten müssten.

(fpd, 01.02.2022)

**„Der Koalitionsvertrag sieht eine ‚Sammelklage light‘ gegen Lohndiskriminierung vor“**

Mit den Problemen bei der Überwindung der ungleichen Entlohnung von Männern und Frauen hat sich die seit 2015 auf dem Klageweg befindliche ZDF-Journalistin Birte Meier in der „SZ“ befasst. „Die Aussicht auf schier endlose Verfahren“ treibe Frauen in „billige Vergleiche“, so dass es an „dringend benötigten Präzedenzurteilen fehle“, schreibt sie in ihrem 6-spaltigen Beschwerdebrief. Auch das Frauenwahlrecht habe die Lohnlücke nicht schließen können. Zu groß sei „die Furcht vor Schikane und die Scham, die mit schlechter Vergütung einhergeht“, heißt es dort. Wörtlich hält Birte Meier fest: „Und es fehlt die Wut.“ Angela Merkel habe ihre Forderung, dass Frauen endlich so viel verdienen können müssten wie Männer, als Bundeskanzlerin nicht durchsetzen können. „Durchsetzen möchte das nun die neue Bundesregierung, zumindest ein bisschen“, so die Autorin, die für Deutschland eine fast nirgendwo in Europa übertroffene Lohnlücke von 18 Prozent ansetzt. Unter dem Titel „Wir brauchen keine Geschenke“ schreibt sie: „Nicht mehr einzelne Klägerinnen sollen vor Gerichte ziehen müssen, sondern Verbände oder Gewerkschaften an ihrer statt. Noch besser wäre natürlich ein ordentliches Gesetz. Aber immerhin würde eine Sammelklage light, wie sie der Koalitionsvertrag vorsieht, Frauen den Weg zu ihrem Recht vereinfachen.“ Erst wenn Gehaltsdaten kein Herrschaftswissen mehr seien, könne die Ungerechtigkeit, unfair entlohnt zu werden, „politische Wucht entfalten“.

(fpd, 14.02.2022)

**Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland ist deutlich rückläufig**

Im 3. Quartal 2021 sind nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes rund 22.700 Schwangerschaftsabbrüche amtlich registriert worden. (Die Zahlen für das 4. Quartal sind noch nicht verfügbar. Red.) Die Zahl der Abbrüche im 3. Quartal 2021 habe „gegenüber dem 3. Quartal 2020 um 6,4 % abgenommen“, so Destatis. Wörtlich: „Damit ist wie bereits in den ersten beiden Quartalen 2021 erneut ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Im von der Corona-Pandemie geprägten Jahr 2020 nahmen die Abbrüche lediglich um 0,9 % ab. Anhand der vorliegenden Daten ist keine eindeutige Ursache für diesen Rückgang zu erkennen. 70 % der Frauen, die im 3. Quartal 2021 einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen, waren zwischen 18 und 34

Jahre alt, 19 % zwischen 35 und 39 Jahre, 8 % waren 40 Jahre und älter, 2 % waren jünger als 18 Jahre. Rund 40 % der Frauen hatten vor dem Abbruch noch kein Kind zur Welt gebracht.“ Nach der Beratungsregelung seien 96 % der Abbrüche erfolgt, die übrigen 4 % „aus medizinischen Gründen oder aufgrund von Sexualdelikten“.

(fpd, 14.02.2022)



„Der Abschied vom § 219 a darf nicht das Ende der Debatte um Abtreibungen sein“

„Das kann nur der Anfang sein“. Unter diesem Titel hat „Der Spiegel“ in einem Leitartikel von Sophie Garbe am 22. Januar (4/22) die von der Ampelkoalition angekündigte Abschaffung des Werbeverbots für Abtreibungen in § 219 a StGB als „richtigen, aber nicht ausreichenden Schritt“ bezeichnet. Darüber hinaus plädierte das politische (Leit-)Magazin auch für die Entkriminalisierung von Abtreibungen, denn Abbrüche seien in Deutschland nur unter bestimmten Voraussetzungen straffrei. Die Autorin gibt zu bedenken: „Ob es tatsächlich nötig und sinnvoll ist, Abtreibungen über das Strafrecht zu regeln, ist zumindest diskussionswürdig. Einer britischen Studie zufolge senkt diese Kriminalisierung nicht die Zahl der durchgeführten Abtreibungen, sondern erhöht lediglich die Anzahl unsicherer Abbrüche.“ Auch in Deutschland sei diese eingeschränkte Legalität für ungewollt Schwangere und Ärzteschaft oft belastend. Der Abschied vom Paragraph 219 a dürfe „nicht das Ende der Debatte sein. Sondern der Anfang.“

(fpd, 14.02.2022)



Ampel-Bundesregierung beendet die Blockade der EU-Führungspositionen-Richtlinie

Die Bundesregierung hat per Kabinettsbeschluss am 17. Februar die Zustimmung der Bundesrepublik zu der von Frankreich inzwischen überarbeiteten Führungspositionen-Richtlinie der EU angekündigt. Damit hat Deutschland seine während der GroKo von den Unionsparteien erzwungene 10-jährige Blockade der Richtlinie beendet. Die EU-Kommission konnte die geplanten Vorschriften zur Verbesserung der Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen von privaten Unternehmen nicht in Kraft setzen, weil es im EU-Ministerrat an der notwendigen qualifizierten Mehrheit gefehlt hatte. Dabei wäre bei Inkrafttreten der EU-Richtlinie für Deutschland kein Umsetzungszwang entstanden, da mit dem hiesigen Zweiten Führungspositionengesetz (FüPoG II) bereits umfangreichere Maßnahmen oberhalb des geplanten EU-Standards gelten.

Das FüPoG II, das nach einem Kurswechsel der Union am 12. August 2021 in Kraft getreten ist, sieht als ein Kernelement u.a. vor, dass in börsennotierten und paritätisch besetzten Unternehmen mit mehr als 2000 Beschäftigten und mehr als 3 Vorstandsmitgliedern bei Neubesetzungen mindestens ein Vorstandsmitglied weiblich sein muss (vgl. fpd 789,S.1).

einheitliche Standards

Die EU-Richtlinie will den Frauenanteil in den Leitungsorganen der genannten Unternehmen bis auf 33 Prozent in Aufsichtsräten und Vorständen oder 40 Prozent in Aufsichtsräten als Zielmarken erhöhen. Die künftig geltende EU-Richtlinie sei „ein notwendiger Schritt für mehr Geschlechtergerechtigkeit“, sagte Bundesfrauenministerin Anne Spiegel. Sie betonte: „Mit der Zustimmung Deutschlands ebnen wir den Weg für einheitliche Standards in Europa. Deutschland und Frankreich werden gemeinsam zum Motor für die Europäische Gleichstellung.“ Deutschland werde „im März (2022) im EU-Rat für die Führungspositionen-Richtlinie stimmen“. Eine gemeinsame Ratsposition als Voraussetzung für die Verabschiedung auf EU-Ebene soll am 14. März im Ministerrat der EU für Beschäftigung, Sozialpolitik und Gesundheit beschlossen werden.

(fpd, 01.03.2022)



Bessere Bedingungen für partnerschaftliche Arbeitsteilung durch Brückenteilzeit-Reform

Es sei „ein Armutszeugnis, dass längst überwunden geglaubte traditionelle Rollenbilder durch die Corona-Pandemie ein Comeback in der Arbeitswelt erleben“, erklärte die grüne Arbeitsmarktpolitikerin Beate Müller-Gemmeke MdB in einer Stellungnahme zu dem WSI-Untersuchungsergebnis (s.o.), dass im Januar 2022 jede fünfte Mutter ihre Arbeitszeit reduzieren musste, um ihre Kinder betreuen zu können. „Frauen geraten so wieder ins berufliche Abseits“ und seien bei der Pflege, im Krankenhaus, an der Kasse, bei Homeschooling und Kinderbetreuung und bei der unabhängigen eigenständigen Existenzsicherung die Verliererinnen der Pandemie“, sagte sie. Wörtlich fügte sie hinzu: „Hier müssen wir gegensteuern. Wir werden deshalb die Rahmenbedingungen weiter verbessern, um partnerschaftliche Arbeitsteilung zu ermöglichen, bspw. durch eine Reform der Brückenteilzeit. Damit die Arbeit sowohl für Frauen als auch für Männer besser ins Leben passt.“

(fpd, 01.03.2022)

**„Mehr als zwei Drittel der jungen Frauen zweifeln an der sozialen Marktwirtschaft“**

Viele junge Frauen in Deutschland zweifelten an der sozialen Marktwirtschaft und mehr als zwei Drittel von ihnen sähen die Versprechungen der Marktwirtschaft als „nicht erfüllt“, heißt es in einem Kommentar der „WirtschaftsWoche“ (8/22) vom 18. Februar. Fast die Hälfte der 16- bis 29-jährigen jungen Frauen betrachte „den Kapitalismus nicht als bestmögliches Wirtschaftssystem“. Die Autorin Sophie Crocoll stützt sich auf eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey und bezeichnet die Ergebnisse als „besorgniserregend“, denn offenbar biete „das System aus Sicht der Frauen eben nicht Chancen für alle“. Zwar nenne das Institut keine Gründe, belege aber, dass Männer „deutlich weniger“ an der Marktwirtschaft zweifelten. Folglich hätten die Zweifel der Frauen „etwas mit der Art und Weise zu tun, wie sie diese Marktwirtschaft selbst erleben“. Wörtlich: „Eine Auswahl: In Unternehmen versucht man(n), die Frauenquote zu umgehen – jüngstes Beispiel: der Motorenbauer Deutz. Branchenübergreifend verdienen Frauen im Schnitt 18 Prozent weniger pro Stunde als Männer. Kinderbetreuung bleibt, gerade in der Pandemie, meist an den Müttern hängen.“ Abhilfe biete mehr Chancengleichheit, „ein Steuersystem ohne Ehegattensplitting“ und die „Erkenntnis, dass erfolgreiche Firmen nicht über die Hälfte ihrer Fachkräfte hinwegsehen“.

(fpd, 11.03.2022)

**„...gut aufgestellt“ – „Was plant die Bundesregierung beim Thema Gleichstellung?“**

„Deutschland ist in den vergangenen Jahren in Sachen Gleichstellung durchaus vorangekommen und im internationalen Vergleich gut aufgestellt. Mädchen, die heute bei uns geboren werden, stehen Chancen und Möglichkeiten offen, die es für viele Generationen vorher nicht gab.“ Diese Feststellung hat die Bundesregierung einer Übersicht „Was plant die Bundesregierung beim Thema Gleichstellung?“ vorangestellt. Eingang heißt es dort: „Die Regierung hat es sich zum Ziel gesetzt, die Gleichstellung von Frauen und Männern in diesem Jahrzehnt zu erreichen.“ Deutschland solle „als Land nicht weiter unter seinen Möglichkeiten bleiben, sondern alle Potenziale ausschöpfen“. Um dies zu fördern, wolle die Bundesregierung „die ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie des Bundes weiterentwickeln“ und in einem „Gleichstellungs-Check“ künftig alle Vorhaben daraufhin überprüfen, welche Auswirkungen sie auf die Gleichstellung von Frauen und Männern haben.

Im Bereich der „wirtschaftlichen Gleichstellung“ werde „die Bundesregierung das Entgelttransparenzgesetz überprüfen, um die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen“. „Zudem will sie mehr Frauen in Führungspositionen bringen“, heißt es weiter – unter Hinweis auf die Entscheidung der Bundesregierung, Mitte März im Europäischen Rat, wie geschehen (s. fpd 801,S.3, s.o.), der EU-Richtlinie für mehr Frauen in Führungspositionen zuzustimmen.

Frauen- und Mädchenpolitik

Zu „Änderungen im Steuerrecht“ heißt es: „Die Familienbesteuerung soll so weiterentwickelt werden, dass partnerschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Unabhängigkeit gestärkt werden. Insbesondere will man die Familien unterstützen, die unbezahlte Arbeit im Haushalt, mit Kindern und in der Pflege auf mehrere Schultern verteilen.“

Auf der Agenda bleibe auch der Schutz von Frauen vor Gewalt. Geplant seien „eine Strategie gegen Gewalt an Frauen zu entwickeln“, die Absicherung des Rechts auf Schutz vor Gewalt und ein „bundeseinheitlicher Rechtsrahmen für eine verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern“.

(fpd, 01.04.2022)



Urteile gegen Ärzt:innen sollen aufgehoben werden

Die wegen Verstoßes gegen § 219 StGB (angebliche Werbung für Schwangerschaftsabbrüche) verurteilte Gießener Ärztin Kristina Hänel kann mit einer vollständigen Rehabilitation rechnen. Eine entsprechende Regelung sieht der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Streichung des § 219a vor. Weiterlesen: <https://www.zwd.info/urteile-gegen-aerztinnen-sollen-aufgehoben-werden.html>

(zwd-Newsletter, 26.03.2022)



Es bleibt dabei: Mädchen wollen Arzthelferin werden, Jungen Automechaniker

Im Berufswahlverhalten junger Frauen und junger Männer in Deutschland lautet die Neuigkeit, dass es – allen Bemühungen zum Trotz, Mädchen für „Männerberufe“ und Jungen für „Frauenberufe“ zu interessieren und die traditionellen Klischees zu überwinden – bei den überkommenen Gewohnheiten bleibt. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat am 2. Februar die „BIBB-Ranglisten der Ausbildungsberufe nach Neuabschlüssen“ unter dem Titel „Medizinische Fachangestellte und Kfz-Mechatroniker auf Platz 1“ vorgestellt und festgestellt:

- „Erstmals haben Frauen in der dualen Berufsausbildung im Jahr 2021 die meisten neuen Ausbildungsverträge im Beruf der ‚Medizinischen Fachangestellten‘ abgeschlossen. Mit 17.154 neuen Ausbildungsverträgen setzte sich dieser Beruf auf Platz 1 der ‚Rangliste 2021 der Ausbildungsberufe nach Anzahl der Neuabschlüsse – Frauen‘.
- Insgesamt wurden im Vergleich zum Vorjahr rund 2.000 zusätzliche Ausbildungsverträge abgeschlossen, was einem Plus von über 13 Prozent entspricht.
- Der langjährige Spitzenreiter ‚Kaufrau für Büromanagement‘ wurde dadurch mit 16.725 neuen Verträgen auf den zweiten Platz verdrängt, dahinter folgen die ‚Zahnmedizinische Fachangestellte‘, die ‚Verkäuferin‘, die ‚Kaufrau im Einzelhandel‘ und die ‚Industriekaufrau‘.
- Insgesamt haben 2021 in diesen sechs Berufen mehr als 43 Prozent der jungen Frauen einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen.
- Bei den Männern liegt der ‚Kraftfahrzeugmechatroniker‘ weiterhin unangefochten an der Spitze. 19.713 junge Männer haben 2021 einen Ausbildungsvertrag in einem Beruf rund ums Auto abgeschlossen (2020: 19.170, +2,8 Prozent). Zweitstärkster Ausbildungsberuf bei den jungen Männern bleibt der ‚Fachinformatiker‘, gefolgt vom ‚Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik‘ und dem ‚Elektroniker‘, die im Vergleich zum Vorjahr die Plätze tauschten.
- Es folgen in der Rangliste bei den jungen Männern nahezu gleichauf wie bisher die Ausbildungsberufe ‚Verkäufer‘ und ‚Kaufmann im Einzelhandel‘. Auf diese sechs Berufe entfallen 27,5 Prozent aller zum 30.09.2021 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit Männern.
- In der Rangliste der Ausbildungsberufe nach Neuabschlüssen insgesamt hat unter den ausbildungstärksten Berufen der/die ‚Kaufmann/Kaufrau für E-Commerce‘ mit zwölf Plätzen den größten Sprung nach vorne gemacht. 1.887 neue Ausbildungsverträge in 2021 sorgten nach 1.485 Verträgen in 2020 für ein Plus von rund 27 Prozent. Ein Grund für diesen kräftigen Anstieg dürfte der in Coronazeiten stark wachsende Online-Handel sein.“

Info: Weitere Informationen, Tabellen und interaktive Regionalkarten unter www.bibb.de/naa309-2021

(fpd, 14.02.2022)

**„Gesundheits- und Pflegeberufe - in einer Schlüsselrolle für Lohngerechtigkeit“**

Eine Schlüsselrolle im Kampf um gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit komme den Gesundheits- und Pflegeberufen zu, betonte die Bundesfrauensprecherin des Sozialverbands Deutschland (SoVD), Jutta König, in einer Stellungnahme vom 7. März aus Anlass von Equal Pay Day und Weltfrauentag. „Gerade während der Corona-Pandemie haben wir alle gesehen, wie existenziell wichtig diese Jobs für die Gesellschaft sind. Jetzt ist die Politik gefordert, denn diese Tätigkeiten werden vor allem von Frauen geleistet und müssen endlich gerecht entlohnt werden“, sagte sie und verwies auf die dringende Notwendigkeit struktureller Veränderungen. „Ein wichtiges politisches Instrument“, so König, sei aus Sicht des SoVD das Entgelttransparenzgesetz. Wörtlich sagte sie: „Es ist immer noch so, dass der Auskunftsanspruch darüber, was Kollegen verdienen, erst ab einem Betrieb ab 200 Beschäftigten gilt. Frauen arbeiten aber eher in mittleren und kleineren Betrieben. Also kommt bei ihnen dieser Auskunftsanspruch nicht zum Tragen.“

(fpd, 11.03.2022)



Die Erwerbsbeteiligung von Frauen steigt, wenn sie bei Sorgearbeit entlastet werden

„Sorgearbeit und Erwerbsbeteiligung sind zwischen Frauen und Männern in Deutschland sehr ungleich verteilt. In rund 75 Prozent der Paarhaushalte übernimmt der Mann weniger als die Hälfte der Sorgearbeit. Leistet der Mann aber mehr Sorgearbeit, also Hausarbeit und Betreuungsaufgaben, steigt die Erwerbsbeteiligung von Frauen. Der Arbeitsumfang der Frauen nimmt sogar viermal so viel zu, wie er beim Mann abnimmt.“ Dies ergab eine aktuelle Studie, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) am 2. März vorgestellt hat. Die Studienautorin Claire Samtleben erläuterte: „Unsere Ergebnisse zeigen, dass, wenn Frauen bei Hausarbeit und Kinderbetreuung entlastet werden, sie mehr erwerbstätig sind. Wird die Sorgearbeit ausgelagert, also z.B. mit Kita-Betreuung oder Haushaltshilfen, erhöht dies nicht nur die Beschäftigungswahrscheinlichkeit und den Erwerbsumfang bei den Frauen, sondern auch bei den Männern.“

(fpd, 11.03.2022)

**„Privatisierungen im Gesundheits- und Sorgearbeitssektor müssen gestoppt werden“**

„Privatisierungen im Gesundheits- sowie im Sorgearbeitssektor müssen gestoppt werden, auch wenn Finanz- und Gesundheitsminister solche Vorhaben in der Vergangenheit unterstützt haben.“ Dies forderte die frauenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke, Heidi Reichinnek, in Berlin. Insbesondere während der Corona-Pandemie, so die Abgeordnete, sei zwar „die Notwendigkeit sogenannter klassischer Frauenberufe entdeckt worden, ob in der Pflege, der Kinderbetreuung oder an der Supermarktkasse“, diese würden aber „in der Regel schlecht bezahlt“. Wörtlich sagte sie: „Frauen müssen zudem oft unbezahlte Carearbeit leisten, zwei Drittel aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor, auf den wir laut SPD ‚stolz‘ sein sollen, sind Frauen. Selbst bei gleicher Arbeitszeit in der gleichen Position in der gleichen Branche herrscht eine Lohnlücke von 6 Prozent – und diese ist durch nichts zu erklären. Reelle Veränderung lässt noch immer auf sich warten. Selbst nach der für November geplanten Erhöhung wird der Mindestlohn weiterhin in Altersarmut führen, wie die Bundesregierung selbst zugibt. Altersarmut ist ein wachsendes Problem, das Frauen noch mal härter trifft als Männer. Auch deswegen muss aufrütteln, dass der Anteil erwerbstätiger Frauen im Rentenalter zwischen 2009 und 2019 um 46 Prozent anstieg – ein katastrophaler Trend.“

(fpd, 01.04.2022)

**„Fachkräftemangel bei den SuE-Berufen, weil die Gehälter nicht der Aufgabe entsprechen“**

„Die Beschäftigten im SuE-Bereich sind verärgert, dass die Arbeitgeber bei vielen berechtigten Forderungen keinen Handlungsbedarf sehen. Unzureichende Arbeitsbedingungen und der gesellschaftlichen Aufgabe nicht angepasste Gehälter haben dazu geführt, dass es in diesen Berufen einen häufigen personellen Wechsel gibt und sich der Fachkräftemangel immer weiter zuspitzt.“ Dies erklärte das Vorstandsmitglied für Frauenpolitik der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Frauke Gützkow, in Frankfurt/M. Im Vorfeld der zweiten Runde der von Ver.di geführten Tarifverhandlungen sagte sie: „Im Bereich der Sozial- und Erziehungsberufe (SuE) sind 83 Prozent der Beschäftigten Frauen, im Erzieherinnenberuf sogar 94 Prozent. Die aktuellen Tarifverhandlungen für die Sozial- und Erziehungsberufe in den Kommunen sollen deshalb auch einen Schritt zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben bringen.“ Schon heute, so die GEW-Sprecherin, fehlten an den Kitas des Landes Erzieherinnen und Erzieher „im sechststelligen Bereich“.

(fpd, 01.04.2022)



„Es ist fraglich, ob die Ehegattensplitting-Reform zu höherer Frauenerwerbstätigkeit führt“

Ob die von der Ampel-Koalition geplante Reform des Ehegattensplittings die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen würde (s.S.2), ist nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) „fraglich“. „Soweit sich viele Paare nach dem gemeinsamen Nettoeinkommen nach der Steuererklärung im Folgejahr richten, bei der das Ehegattensplitting mit seiner steuerbelastenden Wirkung auf Zweitverdienende greift, werden die Effekte auf die Erwerbsbeteiligung nur gering ausfallen“, erwartet das Institut. Der Leiter der DIW-Abteilung Staat, Peter Haan, sagte dazu am 10. März in Berlin: „Das Aus der Steuerklassenkombination III und V wäre ein positives Signal und ein erster Schritt zur Gleichstellung von Frauen im Arbeitsleben. Allerdings muss auch beim Ehegattensplitting deutlich nachjustiert werden. In seiner jetzigen Form setzt es falsche Anreize.“ Die ÖkonomInnen des DIW empfehlen dafür das sogenannte Realsplitting, das sich in der Reformdiskussion der vergangenen Jahre als Kompromiss abzeichnet. Beim Realsplitting würden bei der steuerlichen Veranlagung geringere Einkommensbeträge auf das niedrigere Gehalt übertragen als bei der jetzigen Regelung. Besonders bei sehr hohen Einkommen würden die Steuervorteile deutlich begrenzt, bei mittleren und unteren aber kaum angetastet.“

(fpd, 01.04.2022)

**„Warum erhalten weibliche Führungskräfte erst in einer Krise eine Chance?“**

Auf der Suche nach Antwort auf die Frage, warum weibliche Führungskräfte in Wirtschaft und Politik überraschend oft erst in einer Krisensituation eine Chance erhalten, hält eine Gruppe von Wissenschaftlern um den Organisationsforscher Prof. Florian Kunze (Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“ der Univ. Konstanz) nach mehrjähriger Analyse von 26.000 Personal-Entscheidungen in 4.000 Unternehmen die These von der Existenz einer „gläsernen Klippe“ für erwiesen. Sie besagt, „dass Unternehmen in einer schweren Krise eher geneigt sind, Frauen auf leitende Positionen zu berufen“. „Endlich oberhalb der ‚gläsernen Decke‘ angekommen, durch die Frauen die höchsten Karrierestufen sehen, aber nicht erreichen können, sehen diese Frauen mit der Existenz der Firma aber auch ihre Karriere bereits nah am Abgrund“, so die Universität, die darin „eine versteckte Form der Diskriminierung“ erkennt. Sie versichert: „Die Existenz des Phänomens war bisher sehr umstritten, nun liefern die Konstanzer Forscher stichhaltige Beweise, dass es die ‚gläserne Klippe‘ gibt und wie sie zustande kommt.“ Analyse „Weibliche Führungskräfte in Unternehmen“ vom 21. März ausführlich unter: www.uni-konstanz.de/universitaet/aktuelles-und-medien/aktuelle-meldungen/aktuelles/

(fpd, 01.04.2022)

**„Unsere aktuelle Arbeitszeitpolitik besteht keinen Gleichstellungs-Check“**

Eine „gleichstellungsorientierte Zeitpolitik, die eine faire Verteilung von Erwerbs- und Sorgelasten zum Ziel hat“, hat die Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung in Berlin gefordert. „Nur, wenn wir Erziehung und Pflege auch als Teil unserer wirtschaftlichen Produktivität anerkennen und die Zeiten, die vor allem Frauen dafür aufwenden, in die volkswirtschaftliche Rechnung aufnehmen, erhalten wir ein realistisches Bild, welchen Beitrag die Menschen in unserem Land tatsächlich zur Wirtschaft und deren Wachstum beitragen“, wurde festgestellt. Und: „Ohne die Zeit, die aktuell vor allem Frauen und Mütter für die Familienorganisation aufwenden, wäre eine 40-Stunden-Woche gar nicht machbar. Für die meisten Frauen, insbesondere für Alleinerziehende, ist sie das auch nicht. Unsere aktuelle Arbeitszeitpolitik besteht keinen Gleichstellungs-Check.“

(fpd, 11.04.2022)



„Digitale Gewalt ist häufig eine Fortsetzung der Gewalt gegen Frauen im realen Leben“

Neue Informationen, Praxistipps, Unterstützungsangebote und konkrete Handlungsempfehlungen zum Themenfeld der digitalen Gewalt hat das bayerische Sozialministerium auf der Website www.bayern-gegen-gewalt.de eingestellt. Sozialministerin Carolina Trautner begründete dies mit der Gewalt mittels digitaler Medien auf sozialen Plattformen, in Chats oder Foren. Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen, so betonte sie, habe viele Gesichter. Oft finde die im Alltag stattfindende Gewalt „eine Fortsetzung im digitalen Raum“. Wörtlich: „Digitale Herabsetzungen, Belästigungen und Bedrohungen und Nachstellungen können genauso verletzend sein wie analoge Gewalt, und auch die Grenzen verlaufen oft fließend, da die Täter und Täterinnen ihre Opfer oftmals auf unterschiedliche Art und Weise und über verschiedene Kanäle hinweg verfolgen.“ Wer informiert sei, könne sich aber wehren und Hilfe finden. Es sei ihr „ein großes Anliegen, dass die bestehenden Angebote und Hilfestellungen gut sichtbar und zugänglich sind“, versicherte die Ministerin.

(fpd 19.01.2022)



Neuer Podcast über Sexismus, sexuelle Übergriffe und sexuelle Gewalt gestartet

Unter dem Titel „einbiszwei“ hat der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), Johannes-Wilhelm Rörig, am 13. Januar einen „neuen Podcast über Sexismus, sexuelle Übergriffe und sexuelle Gewalt“ gestartet. Jeden Freitag soll eine neue Folge des Podcast publiziert werden. Zur Titelwahl teilte der USBKM mit: „Statistisch gesehen gibt es in Deutschland in jeder Schulklasse ein bis zwei Kinder, die sexuellen Übergriffen ausgesetzt sind. Wieso ist das so? Und was muss getan werden, damit sich etwas ändert? Darum geht es bei einbiszwei. Aber auch um die Frage, wo sexuelle Übergriffe anfangen: Was ist Catcalling und wieso sollte es strafbar sein? Wieso gibt es sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche so häufig in Familien? Wie verstörend ist die Fahndung nach Missbrauchsdarstellungen, sogenannter Kinderpornografie? Und was kann alles passieren, wenn man freizügige Fotos ins Netz stellt?“

Für Rörig ist der Podcast „vor allem ein idealer Weg, um Menschen niedrigschwellig zu sensibilisieren“. Er sagte dazu in Berlin: „Der Podcast soll mit klugen Gästen und ohne Skandalisierung das Thema ‚sexuelle Gewalt‘ ins gesellschaftliche Bewusstsein rücken und diejenigen erreichen, die bisher davon ausgehen, dass sexuelle Übergriffe und Missbrauch in der eigenen Umgebung nicht vorkommen.“

Info: <https://beauftragter-missbrauch.de/presse/podcast>

(fpd, 14.02.2022)



„Patriarchale Macht und Geschlechterstereotype gehören auf alle Lehrpläne“

„Patriarchale Machtstrukturen, Geschlechterstereotype und ihr Zusammenhang mit geschlechtsspezifischer Gewalt gehören auf die Lehrpläne aller Ebenen des Bildungssystems.“ Dies erklärte die Vorsitzende der Strafrechtskommission im Deutschen Juristinnenbund (djb), Leonie Steinl, am 14. Februar in Berlin. „Insbesondere Justiz, Staatsanwaltschaft und Polizei“, so fügte sie hinzu, müssten „gezielt fortgebildet werden, um die Ursachen und Struktur von geschlechtsspezifischer Gewalt zu erkennen und adäquat zu reagieren. Deutschland hinkt bei der Umsetzung seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention eindeutig hinterher. Es ist höchste Zeit, dass die Bundesregierung tätig wird.“ Die Vertreterin des djb äußerte sich anlässlich des Valentinstags, des sogenannten „Tags der Liebe“ am 14. Februar. Sie erinnerte daran, dass „Partnerschaft für viele Frauen in Deutschland und weltweit mit Gewalt verknüpft“ sei. So habe sich die Zahl der Fälle von gemeldeter Partnerschaftsgewalt in 2020 gegenüber dem Vorjahr um 4,9 Prozent auf 148.000 Betroffene erhöht.

(fpd, 01.03.2022)



„Jede Vierte...“ - „In Deutschland nicht weniger Gewalt an Frauen als in der Welt“

„Etwa jede vierte Frau auf der Welt hat mindestens einmal in ihrem Leben Gewalt in einer Partnerschaft erfahren.“ Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie, die im Februar 2022 in der

Gewalt gegen Frauen

Fachzeitschrift „The Lancet“ publiziert wurde und sich auf Daten der Weltgesundheitsorganisation WHO stützt. Auch sehr junge Frauen und Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren hätten bereits Gewalt erfahren, wird darin betont. Die wichtigsten Einzelergebnisse sind:

- Weltweit haben hochgerechnet 27 Prozent aller Frauen mindestens einmal ab 15 Jahren aufwärts körperliche und/oder sexuelle Gewalt in ihrer Partnerschaft erlebt. In 2018 waren ca. 492 Millionen oder 13 Prozent aller Frauen Opfer von Gewalt in Partnerschaft, in der jüngsten Altersgruppe der 15-19-Jährigen waren es etwa 24 Prozent.
- Besonders weit verbreitet ist Partnerschaftsgewalt in ärmeren Ländern, an der Spitze steht Ozeanien mit 49 Prozent, am Ende Zentraleuropa mit 16 Prozent. Die WHO-Forschungsgruppe verweist selbst auf die unterschiedliche Verfügbarkeit und Qualität ihrer Daten, die sich aus der Auswertung von mehr als 300 Studien und Umfragen in 161 Länder und Regionen ergeben hätten.
- Nach Ansicht der WHO-Forscher/innen werden die Regierungen der UN-Mitgliedsstaaten das von den Vereinten Nationen beschlossene Entwicklungsziel, Gewalt gegen Frauen und Mädchen bis 2030 zu überwinden, verfehlen, zumal die Corona-Pandemie die zu Gewalt führenden Probleme in Partnerschaften weiter verstärkt hätten.
- Für Deutschland sind in der WHO-Studie keine Zahlen genannt worden. Das ZDF teilte dazu am 17. Februar ergänzend mit: „Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums wird auch hierzulande etwa jede vierte Frau mindestens einmal Opfer körperlicher oder sexualisierter Gewalt durch ihren aktuellen oder früheren Partner.“

(fpd, 11.03.2022)



„Nein heißt Nein künftig EU-weit – Vorschlag für eine EU-Richtlinie gegen Gewalt“

Die EU-Kommission hat den Internationalen Frauentag 2022 zum Anlass genommen, EU-weit geltende Vorschriften zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vorzuschlagen. Mit dem Entwurf für eine Richtlinie sollen „Vergewaltigung auf der Grundlage fehlender Einwilligung, Genitalverstümmelung bei Mädchen und Frauen sowie Cyber-Gewalt“ unter Strafe gestellt werden. Cyber-Gewalt, so erläuterte die Kommission, beinhalte „die nicht einvernehmliche Weitergabe von intimen Bildern, Cyber-Stalking, Cybermobbing sowie die Aufstachelung zu Gewalt oder Hass im Internet“. Besonders begrüßenswert ist für Frauenpolitikerinnen aus dem Europäischen Parlament die Einbeziehung von „Gewalt gegen Frauen auch online“, ferner, dass die Richtlinie das Problem der Genitalverstümmelung aufgreift und ihre europaweite Kriminalisierung durchsetzen will.

Die gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D), Maria Noichl, kommentierte: „Gut, dass die EU-Kommission endlich ihr Versprechen eingelöst hat, Gewalt gegen Frauen europaweit zu bekämpfen. Nachdem die EU-Ratifizierung der Istanbul-Konvention seit Jahren im Rat festhängt, folgt die EU mit einer eigenen Richtlinie nun dem Plan B, den wir Sozialdemokrat*innen so lange fordern.“ Noichl, zugleich Co-Bundesvorsitzende der ASF in der SPD, weiter: „Vergewaltigung wird im Text klar definiert, das Einverständnis in den Mittelpunkt gerückt, wie es in Deutschland auch durch die Reform des Sexualstrafrechts im Jahr 2016 endlich geschehen ist. Dies wird damit nun europaweit Standard werden. ‚Nein heißt Nein‘ muss überall in der EU gelten. Die Richtlinie treibt die Prävention sowie die europaweite Erhebung verlässlicher statistischer Daten voran. Der Gesetzesvorschlag ist eine sehr gute Nachricht für Frauen sowie Organisationen in der EU, die gegen Gewalt und Diskriminierung arbeiten.“

(fpd, 01.04.2022)



„Selbstorganisationen geflüchteter Mädchen und Frauen wirksam fördern“

Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF) hat im März eine aktuelle Auswertung der „BumF-Online-Umfrage zur Situation junger Geflüchteter im Jahr 2021“ vorgelegt. Die wesentlichen Ergebnisse sind insbesondere folgende:

- „Weibliche Jugendliche berichten besonders oft von Ausbeutungs- und Menschenhandelserfahrungen (55,8 %) sowie von sexualisierter Gewalt (58 %) im Heimatland bzw. auf der Flucht.“

Gewalt gegen Frauen

- „Es braucht ein bedarfsgerechtes, verlässliches und nachhaltiges Schutzsystem für Mädchen und Frauen, die von Formen psychischer und physischer Gewalt betroffen sind.“
- Das Bekenntnis der Koalition zur Istanbul-Konvention ist nur glaubwürdig, wenn der Vorbehalt gegen Artikel 59, der „unabhängiges Aufenthaltsrecht von gewaltbetroffenen Frauen mit Flucht- und Migrationserfahrung“ fordert, zurückgenommen wird.
- Es fehlt eine „gender- und biografiesensible Begleitung von Frauen während des gesamten Asylverfahrens durch entsprechend geschulte Fachkräfte“. Dazu bedarf es eines bundeseinheitlichen Konzepts, das der EU-Aufnahmerichtlinie entspricht.
- „Es braucht sichere Schutzräume in Form bedarfsgerechter, gendersensibler Wohn- und Versorgungsstrukturen.“ Sichere Unterbringungsformen für Mädchen und für Frauen müssen ausgebaut werden.
- Massive Hürden beim Zugang zur Gesundheitsversorgung müssen abgebaut werden. Es fehlen ein umfassendes Angebot und unkomplizierter Zugang zur Versorgung sowie eine trauma- und psychotherapeutische Unterstützung.
- „Selbstorganisationen von und für geflüchtete Mädchen und Frauen müssen - strukturell, nicht nur projektbezogen - wirksam gefördert werden. Ihre Expertise ist unbedingt in politische Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen.“

(fpd, 01.04.2022)



Informationen zum Schutz geflüchteter Frauen vor Menschenhandel und Ausbeutung

„Aktuell gibt es die Besorgnis, dass aus der Ukraine geflüchtete Frauen und Kinder in Deutschland gefährdet sind, Betroffene von Ausbeutung und Menschenhandel zu werden.“ Hierauf hat der Deutsche Frauenrat (DF) am 23. März in Berlin aufmerksam gemacht und zugleich ein Verzeichnis von (mehrsprachigem) Informationsmaterial mit Sicherheitshinweisen für aus der Ukraine geflüchtete Menschen veröffentlicht. Das Verzeichnis hilft auch, erste Kontakte aufzunehmen und Anlaufstellen zur Beratung und Unterstützung in Deutschland zu finden.

Info: Tel 030-204569.0 – <https://www.frauenrat.de/schutz-vor-menschenhandel-und-ausbeutung-auf-der-flucht/>

(fpd, 11.04.2022)



„Aus Angst vor Anfeindungen ziehen sich viele Frauen aus dem Internet zurück“

Mit der Zunahme von gezielt gegen Frauen gerichteten Beschimpfungen und Bedrohungen im Internet würden „grundlegende Errungenschaften der Gleichberechtigung in Frage gestellt“, erklärte die für Frauenpolitik zuständige Staatssekretärin im baden-württembergischen Sozialministerium, Ute Leidig, in Stuttgart. Für Frauen, so die Politikerin der Grünen, sei es „fast alltäglich geworden, dass sie in sozialen Netzwerken Gewalt in Form von Hate Speech, Stalking, Sexismus oder Cybermobbing erleben“. Das führe dazu, „dass Frauen sich zunehmend aus dem digitalen Raum zurückziehen und aus Angst vor Anfeindungen weniger teilhaben“. Dies dürfe nicht akzeptiert werden. Frauen müssten sich sowohl im analogen als auch im digitalen Raum zu jeder Zeit sicher fühlen. Die neue Bundesregierung müsse noch in dieser Wahlperiode die „vorbehaltlose Umsetzung der Istanbul-Konvention auch im digitalen Raum“ in die Wege leiten.

(fpd, 11.04.2022)



Ankündigung: Umfrage eines Bachelorstudenten zum Thema „Trans* in der Verwaltung“

Bis zum 11.05. wird Niklas Wolfgruber, ein Student an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW, im Rahmen seiner Bachelorarbeit mit dem Titel *„Trans* in der Verwaltung – Eine Analyse der Kommunikation sowie des Unterstützungsangebotes für Mitarbeitende in der öffentlichen Verwaltung Nordrhein-Westfalens“* eine Online-Befragung durchführen. Er wird die ihm bekannten Gleichstellungsbeauftragten kontaktieren, die Teilnahme dauert 3-10 Minuten. Er freut sich über die Teilnahme möglichst vieler Gleichstellungsbeauftragten der 427 Kommunen und Kreise des Landes Nordrhein-Westfalens oder gegebenenfalls über die Weiterleitung der Einladung an eine Ansprechperson für Trans*-Themen. Mit der Teilnahme wird zu dem bisher wenig systematisch erforschten Thema beigetragen. Kontakt: niklas.wolfgruber@stadt.neuss.de, Tel.: 0152 03578545, <https://www.trans-in-der-verwaltung.de>

Veröffentlichungen

Betrifft Mädchen: Zukunft Protest Utopie

Die neue Ausgabe der Fachzeitschrift „Betrifft Mädchen“ ist unter dem Titel „Zukunft Protest Utopie“ erschienen und enthält Berichte über aktuelle Entwicklungen und Projekte aus der Mädchenarbeit.

https://www.beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogiksoziale_arbeit/zeitschriften/betrifft_maedchen/48595-betrifft-maedchen-2-2022.html



BCG Gender Diversity Index

Die BCG veröffentlicht einen Überblick über den Gender Diversity Index der Top 100 börsennotierten Unternehmen, die Entwicklung des Index in den letzten Jahren und dessen Zusammenhang mit dem ESG (Environment, Social und Governance)-Score. Der ESG-Score ist ein Indikator dafür, inwiefern sich Unternehmen nachhaltig verhalten und wird anhand ökologischer und sozialer Kriterien berechnet. Der gefundene positive Zusammenhang zwischen Gender Diversity Index und ESG-Score deutet darauf hin, dass Konzerne, die Geschlechterdiversität im Top-Management fördern, gleichzeitig nachhaltiger handeln.

<https://web-assets.bcg.com/7b/8b/850022a9438b974c7d92162d4420/bcg-gender-diversity-index-2021-key-insights.pdf>

(BAG-Newsletter, März 2022)



Genderequalitymedia: Medienscreening 2021

Mit dem Medienscreening 2021 veröffentlicht die Initiative Genderqualitymedia eine Analyse zur Berichterstattung über (sexualisierte) Gewalt gegen Frauen in der deutschen Medienlandschaft. Verbesserungen zum Vorjahr? Fehlanzeige!

(BAG-Newsletter, März 2022)



WSI: GenderDatenPortal

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlicht kurze Berichte zur Gleichstellung von Männern und Frauen in unterschiedlichen Bereichen, z.B. Bildung, Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, Einkommen, Mitbestimmung, Zeit. Diese enthalten anschauliche Grafiken basierend auf konkreten Zahlen zur Gleichstellung, z.B. des Statistischen Bundesamtes, der Bundesgleichstellungsberichte oder wissenschaftlicher Studien.

<https://www.wsi.de/de/wsi-genderdatenportal-14615.htm>

(BAG-Newsletter, März 2022)



Dritter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung: Neue Themenblätter veröffentlicht

Zum Beispiel behandelt das Themenblatt 10 „Strukturen und Instrumente: Gleichstellungspolitische Strukturen und Instrumente stärken“ die Verzahnung der Querschnittsaufgabe Gleichstellung mit dem Themenfeld der Digitalisierung. Im Themenblatt 11 „Gleichstellung in der Plattformökonomie“ wird mit dem Mythos von Plattformen als Motor für neue Verwirklichungschancen für Frauen aufgeräumt und aufgezeigt, aus welchen Gründen das „Arbeiten auf Abruf“ auch Risiken für die Gleichstellung birgt. Online unter: <https://www.dritter-gleichstellungsbericht.de/de/topic/64.themenbleatter.html>

(G.I.B.-Newsletter, 18.02. 2022)



Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis: Gender-/Geschlechterfragen in der Berufsbildung, Neues Themendossier

Die Chancengleichheit der Geschlechter im (Berufs-)Bildungssystem ist seit den 1970er-Jahren ein Dauerthema. Standen in den ersten Jahren noch die Verbesserung der Bildungschancen von Mädchen und Frauen im Mittelpunkt, stellt sich in den letzten Jahren die Frage, warum der Gender Gap im Beschäftigungssystem beharrlich fortbesteht, obwohl junge Frauen im Vergleich zu Männern mittlerweile mit deutlich besseren allgemeinen Bildungsabschlüssen ins Berufsleben starten. Aufmerksamkeit erfährt auch die Frage, warum junge Frauen der dualen Berufsbildung zunehmend den Rücken kehren. Das Themendossier enthält eine Auswahl von BWP-Beiträgen der letzten fünf Jahrzehnte. Online unter: https://www.bwp-zeitschrift.de/de/bwp_147449.php

(G.I.B.-Newsletter, 18.02. 2022)

**WSI-Studie untersucht, wie Corona-Hilfspakete für Frauen und Männer wirken**

Mit ihrer milliardenschweren Stabilisierungspolitik hat die Bundesregierung in der Corona-Krise zahlreiche Arbeitsplätze und Unternehmen sowie gesamtwirtschaftliche Kaufkraft in Deutschland gesichert. Viele Hilfen haben aber kaum die bestehenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern berücksichtigt, beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt sowie im Steuer- und Sozialsystem. Daher ist zu erwarten, dass mit der Umsetzung der Hilfspakete zugleich Schief lagen in der Gleichstellung von Frauen und Männern noch weiter vergrößert werden. Online unter: <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-neue-studie-untersucht-wie-corona-hilfs-pakete-37010.htm>

(G.I.B.-Newsletter, 18.02. 2022)

**Buch: Barbara Degen - Meine Zeit mit Annette Kuhn. Wie Kunst, Poesie und Liebe in die Frauengeschichte kamen.**

„Fast eine Doppelbiographie“ nennt die Autorin die Geschichte zweier schreibender und forschender Frauen des 20./21. Jahrhunderts. Barbara Degen und ihre Freundin und Geliebte Annette Kuhn (1934–2019) haben beide jüdische Wurzeln und auf unterschiedliche Weise die Geschichte ihrer Zeit, den Zweiten Weltkrieg, die Nachwirkungen des Faschismus in der BRD, den Aufbruch der sog. 68er-Bewegung und die „Wende“ erlebt. Ihr gemeinsames Band war die Frauengeschichte. Annette Kuhn war seit den 1960er Jahren die erste Professorin, die dieses neue Fach als Historikerin und Didaktikerin maßgeblich entwickelt und gelehrt hat. Barbara Degen konzentrierte sich in ihrer Berufszeit als Feministin und Rechtsanwältin auf die Rechte der Frauen, vor allem bei sexueller Gewalt und Diskriminierung und forscht und veröffentlicht zur NS-Zeit. Die vielen Facetten ihrer Beziehung, in der das „Private immer auch politisch“ war und Liebe, Kunst und Utopien eine wichtige Rolle spielten, verändert unser Bild der historischen und aktuellen Ereignisse und zeigt, wie wichtig der Frauenblick für die Entwicklung demokratischer Strukturen ist.

Verlag Hentrich&Hentrich, Leipzig, 2022

(Email von Barbara Degen)

